

Corona in den USA – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

05. November 2020

„Wahlanalyse – Wer hat gewonnen?“

Manfred Berg, Universität Heidelberg

Martin Thunert, HCA

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zum Podcast des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg; mein Name ist Anja Schüler. Amerika hat gewählt, aber wir können noch nicht mit Sicherheit sagen, wer der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein wird. In den wahlentscheidenden Staaten dauern die Auszählungen an; in einigen droht Neuauszählung. Noch eine Woche vor der Abstimmung sahen die Umfragen Joe Biden mit einer komfortablen Mehrheit, die in den letzten Tagen vor der Wahl allerdings geschrumpft ist. Die Hochrechnungen in der Wahlnacht zeigen ein ähnliches Bild für beide Kandidaten: Ehemals komfortable Margen schrumpften; mal lag der eine Kandidat in Führung, mal der andere. In einigen Staaten kann man noch immer nicht mit Sicherheit sagen, wer gewonnen hat. Sie werden am Ende aber entscheidend für die notwendige Mehrheit im Wahlmännergremium sein, das dann wiederum den Präsidenten wählt. Wir werden heute versuchen, dieses Chaos etwas zu lichten. Meine Gesprächspartner kennen Sie schon aus den letzten beiden Wochen. Manfred Berg ist Historiker und Inhaber des Curt Engelhorn Lehrstuhls für amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg. Martin Thunert ist Politikwissenschaftler und Senior Lecturer am HCA. Schön, dass ihr beide dabei seid.

Manfred Berg: Ja, hallo. Gerne.

Martin Thunert: Hallo und einigermaßen ausgeschlafen nach gestern.

Anja Schüler: Das ist gut. Und meine erste Frage geht auch gleich an Dich, Martin, als Politikwissenschaftler. Wie ist denn die Lage?

Martin Thunert: Die Lage im Präsidentenrennen ist so, dass Joe Biden all jene Staaten gewonnen hat, die auch schon Hillary Clinton gewonnen hatte. Aber er hat schon definitiv Michigan und Wisconsin, die Trump überraschend gewonnen hatte, gedreht;

und er liegt, wie es aussieht, vorne in Arizona, in Nevada. Einen der proportional vergebenen Sitze des Staates Nebraska hat er gewonnen, und wenn sich das bestätigt, würde das schon für 270 Wahlmännerstimmen reichen. Zudem könnte es sich aufgrund dessen ändern, dass im Moment nur noch wenige Stimmen ausgezählt werden, die überwiegend Briefwahl sind oder auch in großen städtischen Metropolen sind. Die Staaten Pennsylvania und Georgia, wo also noch in Atlanta und in Philadelphia gezählt werden, könnten auch noch zugunsten von Biden kippen, aber er bräuchte sie gar nicht mehr unbedingt. Und was er wahrscheinlich nicht gewinnen wird, was bei Trump bleiben wird, ist der Staat North Carolina. 270 ist allerdings das Minimum, was man erreichen muss, und das könnte Biden noch heute erreichen. Wenn er Glück hat, sogar noch den Bonus dieser beiden anderen Staaten, Pennsylvania, Georgia, dann wäre er sogar bei über 300 Wahlmännerstimmen. Im Senat sieht es tatsächlich so aus, als ob es den Demokraten nicht gelungen ist, netto so viele Sitze hinzuzugewinnen, dass sie die Mehrheit kippen werden, aber es steht noch nicht hundertprozentig fest. Und selbst im Repräsentantenhaus haben die Republikaner fünf bis sieben Sitze dazugewonnen, und sie haben – das klingt jetzt für deutsche Hörer vielleicht ein bisschen unwichtig, ist es aber nicht – in den sogenannten Landtagswahlen, also in den *State Legislatures* so viel gewonnen, dass sie in den Staaten, wo demnächst das *Redistricting* der Kongresswahlkreise stattfindet, zum Beispiel in großen Staaten wie Florida, jetzt eine sehr gute Position haben, um das zu betreiben, was man *Gerrymandering* nennt. Die Republikanische Partei sehe ich daher als einen Sieger, Trump als einen Verlierer der Wahl.

Anja Schüler: Wir haben ja in den letzten Wochen und Tagen vor der Wahl eine ungeheure Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler gesehen. Bei den Demokraten hat es sich wahrscheinlich eher in der Briefwahl niedergeschlagen, Trump hat *last minute noch* sehr viele Anhänger mobilisiert, für die sein eklatantes Missmanagement in der Corona-Pandemie dann kaum eine Rolle gespielt zu haben scheint.

Martin Thunert: Für seine eigenen Anhänger hat Corona eine relativ geringe Rolle gespielt, aber für die gesamte Wählerschaft war es das zweitwichtigste Thema. Das wichtigste für alle war allerdings die Wirtschaft, und das Thema Wirtschaft war wiederum mit Trump verbunden. So kann man sein relativ stabiles Abschneiden erklären, auch wenn er jetzt verlieren sollte. Überraschend ist für mich, dass es nach den Nachwahlbefragungen, den *Exit Polls*, die natürlich aufgrund von Corona auch

nicht vielleicht so akkurat sind, weil man Briefwähler nicht befragen kann, so aussieht, als dass Trump gerade bei der Wählergruppe verloren hätte, die in den letzten Jahren immer mit ihm in Verbindung gebracht wurde, mit den älteren weißen Herren, oftmals ohne Bildungsabschluss. Das führe ich tatsächlich auf Unzufriedenheit über sein Corona-Management zurück. Er hat überraschend gut in Staaten abgeschnitten, wo Biden ein Sieg vorausgesagt wurde: Unter anderem hat Trump in Florida und Ohio gewonnen, und zwar deutlich, weil er hier zwar bei den Männern verloren hat, aber dafür bei weißen Frauen und vor allen Dingen bei männlichen Angehörigen von *People of Color* zugelegt hat, speziell bei Latinos, aber auch bei Schwarzen. Daher glaube ich, dass die Republikanische Partei, auch wenn Trump jetzt verliert, Minderheiten in Zukunft nicht komplett aufgeben muss. Langfristig ist das eine Chance, im Wettbewerb zu bleiben. Hier hat Trump für seine eigene Partei eine Menge getan.

Anja Schüler: Manfred, Du hast ja in diesem Podcast vor zwei Wochen drei Szenarien entworfen. Einen Erdrutschsieg für Joe Biden hat es nicht gegeben, das wissen wir. Eine denkbar knappe Entscheidung wird es auf jeden Fall. Es ist von Neuauszählungen die Rede, von Anfechtungen der Wahl. Wird es wie im Jahr 2000 wieder der Oberste Gerichtshof entscheiden?

Manfred Berg: In der Tat ist das weithin befürchtete *worst case*-Szenario insofern eingetreten, als dass wir einen sehr knappen Wahlausgang in einer ganzen Reihe von Bundesstaaten haben. Deswegen hat Donald Trump bereits in der Wahlnacht die Gelegenheit ergriffen, diese Wahl in Zweifel zu ziehen, sofern er sie nicht gewinnen wird. Es ist also aus meiner Sicht ganz unbedingt damit zu rechnen, dass es eine gerichtliche Auseinandersetzung über den Wahlausgang in einzelnen Bundesstaaten geben wird. Die Klagen laufen zum Teil schon oder sind angekündigt. Diese müssen zunächst einmal bei den Untergerichten der Bundesstaaten eingereicht werden, dann werden sie durch den Instanzenzug über die höheren Gerichte der Einzelstaaten und die Bundesgerichte wahrscheinlich beim Supreme Court landen, sodass wir hier durchaus eine ähnliche Situation erleben würden wie im Jahre 2000.

Anja Schüler: Wir haben jetzt aber die Situation, dass von den neun Verfassungsrichtern drei von Trump ernannt wurden.

Manfred Berg: In der Tat ist der *Supreme Court* schon seit vielen Jahrzehnten sehr stark polarisiert, und die Vorgänge um die Hauruck-Nominierung von Amy Barrett haben zumindest bei den Demokraten das Vertrauen in die Neutralität des Gerichtes nicht gerade gestärkt. Wir können in diesem Fall nur hoffen, dass so etwas wie eine professionelle Ethik am Ende nicht nur im *Supreme Court*, sondern in allen Gerichten, die sich mit diesen Fragen beschäftigen werden, die Oberhand behält. Andererseits, der historische Präzedenzfall ist eben das Jahr 2000, und da haben wir eine Entscheidung, die nach ideologischer Orientierung stark polarisiert war und die, wie ich finde, mit guten Gründen auch verfassungsrechtlich bedenklich genannt worden ist. Also bleibt es abzuwarten, ob sich der *Supreme Court* in das politische Dickicht und in diesen Konflikt einschalten wird.

Martin Thunert: Eine Ergänzung hätte ich da noch: Vor kurzem hat ja der *Supreme Court* so etwas ähnliches im Falle Pennsylvania gemacht. Das Urteil des dortigen Obersten Landesverfassungsgerichts, dass es erlaubt ist, noch lange auszuzählen und auch Briefwahlstimmen, die später eintreffen, auszählen lassen zu müssen, hat er vorerst intakt gelassen. Ist denn vorstellbar, dass diese Doktrin zu sagen, „Wir haben ja das Recht, Fälle nicht anzunehmen“ weiterhin so angewandt wird? Damit verbunden ist der Fall Michigan, wo Gegner der Maßnahmen, die die Regierung von Michigan erlassen hat, um die Briefwahl zu erleichtern, argumentieren, dass es nicht vom Parlament verabschiedet wurde, sondern nur von der Regierung. Werden wir vielleicht auch in Deutschland so etwas Ähnliches einmal sehen, dass Corona-Maßnahmen vom Parlament erlassen werden müssen, was aber den *Court* zum Eingreifen zwingt, weil sich da eine grundsätzliche Frage stellt?

Manfred Berg: Das wird man sehen. Es waren immer die eher konservativ argumentierenden Richterinnen und Richter des *Supreme Court*, die in Wahlrechtsfragen die Autonomie und Entscheidungsfreiheit der Einzelstaaten ganz besonders betont haben. Im Jahr 2000 war das eine Abweichung, dass die konservativen Richter damals ihre einzelstaatsfreundliche Linie einfach über Bord geworfen haben. Ich könnte mir vorstellen, dass man entweder argumentiert, dass das eine Sache der Einzelstaaten ist, was dann auch die von dir angesprochene Problematik in Michigan betreffen würde. Oder dass man sich generell auf ein altes Konstrukt des amerikanischen Verfassungsrechts zurückzieht, die sogenannte *political question doctrine*, in dem der *Supreme Court* einfach sagt, dass er politische

Fragen grundsätzlich nicht entscheide. Das ist aber nicht unbedingt zu erwarten, denn es gibt ja den Präzedenzfall aus dem Jahre 2000. Vielleicht ist auch die Erwartung nicht ganz unbegründet, dass in einem solchen schweren Verfassungskonflikt am Ende ein neutral urteilendes Gericht die Letztentscheidung trifft, um den Konflikt zu entschärfen und zu befrieden. Ob es überhaupt noch gelingen kann, ist allerdings zweifelhaft. Denn ich denke nicht, dass eine der beiden Parteien es akzeptieren würde, sich vom *Supreme Court* zum Wahlverlierer erklären zu lassen.

Anja Schüler: Wenn die Wahl angefochten wird, können wir uns vorstellen, dass auch der Vorwurf des Wahlbetrugs eine Rolle spielen kann. Wir haben von Rudolph Giuliani gehört, dem ehemaligen New Yorker Bürgermeister und jetzigen Trump-Anwalt, dass Joe Biden vielleicht 50- oder auch 5000-mal abgestimmt hat. Die Demokraten behaupten, die Post habe absichtlich hunderttausende von Briefwahlstimmen in demokratischen Hochburgen nicht ausgeliefert. Könnte das eine Rolle spielen?

Manfred Berg: Alle Verantwortlichen in den Einzelstaaten haben in den letzten Tagen immer wieder betont, dass die Stimmabgabe und die Auszählung ohne Zwischenfälle und übrigens auch völlig transparent verlaufen sei. Insofern liegt die Beweislast immer bei denjenigen, die so etwas behaupten.

Anja Schüler: Dann würde ich ganz gerne nochmal auf die Rolle der Umfragen im Vorfeld der Wahl zurückkommen. Vor vier Jahren hatten die Demoskopen einen sicheren Wahlsieg für Hillary Clinton vorhergesagt und damit sehr falsch gelegen. Dieses Jahr hat man beteuert, die Umfragemethoden verfeinert zu haben und die Stimmung besser abbilden zu können. So richtig hat das wohl nicht funktioniert.

Martin Thunert: Nein. Ich denke, die Umfragebranche in den USA ist in einer Krise, entstanden durch das Missverhältnis von Voraussagen und Wahlergebnissen, wie sie eingetreten sind. Ausreden, dass sie ja doch am Ende richtig lagen, wenn Biden gewinnt, werden nicht mehr gelten. Es ist aber zu früh, jetzt intensiv darüber zu sprechen. Man kann nur sagen, dass – angesichts der Auftraggeber, die Millionen für diese Umfragen investieren – diese Branche glaubhaft machen muss, dass es nochmal eine Fehlerkorrektur geben kann, die dann auch wirkt. Es kann aber auch sein, und das ist eher so meine Befürchtung, dass wir zu viel Wert auf Umfragen legen, weil ein Trend zunimmt: ein oder zwei Prozent der Befragten sagen nicht die Wahrheit, lügen

zum Teil bewusst, oder lügen, weil sie wissen, dass sie etwas sozial nicht Erwünschtes sagen. Andere glauben, dass es nicht wirklich anonym ist, wenn sie angerufen werden. Wenn aber zehn oder fünfzehn Prozent der Befragten lügen würden, sind solche politischen Umfragen wertlos. Dann wäre die Branche, zumindest die, die sich auf politische Umfragen spezialisieren, in einer Existenzkrise. Für uns Bürger wäre ebenfalls schlecht, da viele von uns *nolens volens*, ich würde nicht sagen, in Echokammern leben, aber unsere eigene politische Meinung oft nur mit Freunden und Bekannten abstimmen, selbst wenn wir da auch Leute haben, die anders ticken. Nach dem Motto: Ich weiß nur, wie meine Meinung in der Gesamtbevölkerung einzuschätzen ist, wenn ich Umfragen trauen kann. Daher ist das für die Demokratiequalität eines Landes nicht ganz unwichtig, dass man sich auf Umfragen über politische Einstellungen einigermaßen verlassen kann. Und ich hoffe, dass das nicht endgültig bedroht ist. Aber in den USA wird diese Diskussion demnächst losgehen, da bin ich mir ganz sicher.

Anja Schüler: Nehmen wir doch einmal an, dass Joe Biden doch ins Weiße Haus einzieht. So richtig gratulieren könnte man ihm nicht, er erbt ja einen Riesenberg Probleme, nicht zuletzt eine gigantische Gesundheits- und Wirtschaftskrise.

Martin Thunert: Ich würde ihm dennoch, sollte er die 270 überspringen, was ich für hochwahrscheinlich halte, gratulieren, denn es kommt nicht so oft vor, dass ein Präsident nach der ersten Amtszeit abgewählt wird. Aber Spaß beiseite, er wurde von seiner Partei nominiert und angestellt, um Trump zu entfernen und die Covid-Krise in den Griff zu kriegen. Und ich glaube, er wird jetzt erst mal daran gemessen werden, ob es ihm tatsächlich gelingt, die Fallzahlen zu reduzieren und gleichzeitig die Tests zu erhöhen, ohne die Wirtschaft völlig abzuwürgen. Denn wir haben, wie gesagt, aus den Umfragen gesehen, dass einer kleinen Mehrheit die Wirtschaft noch wichtiger als Covid ist. Biden muss das ausbalancieren, das ist im Moment sein Mandat. Ich glaube er hat auch erstmal nichts anderes zu tun, aber hier muss er sich und kann er sich beweisen. Es wird aber nicht einfach aus jenem Grund, auf den wir vielleicht gleich noch zu sprechen kommen.

Anja Schüler: Genau. Ich nehme an, dass ist die Frage nach dem *Divided Government*, Du hast es ja vorhin auch schon erwähnt. Wir hätten dann einen Demokraten im Weißen Haus, die Demokraten kontrollieren wahrscheinlich nach

dieser Wahl nach wie vor das Repräsentantenhaus, aber die Republikaner den Senat. Das wird schwer zum Regieren.

Martin Thunert: Also es sieht zumindest so aus, denn alle Senatoren oder Senatorinnen der Republikaner, wie Susan Collins in Maine, sind wiedergewählt worden. Auch in North Carolina wird der Sitz wohl bei ihnen liegen; auch Graham, der Vorsitzender des Rechtsausschusses, wird wiedergewählt und Mitch McConnell selbst, wo die Demokraten bis zu 100 Millionen Dollar investiert haben, um ihn sozusagen abzulösen. Und das ist ein bisschen das Verhältnis auch auf der persönlichen Ebene: sehr, sehr schlecht. Also es wird keinen Grund geben, warum die Senatsrepublikaner Biden entgegenkommen sollten. Er wird nicht durchregieren können, selbst im Haus, also wird es zum Beispiel keine Abschaffung des Filibuster geben. Selbst im Repräsentantenhaus ist die Mehrheit geschrumpft. Also wir haben eine klassische *Divided Government* Situation. Ich würde nicht sagen, dass er eine, was schon in der Presse zu hören war, eine *Lame Duck*, eine lahme Ente von Beginn an ist, aber er ist ein neu gewählter Präsident mit sehr, sehr engen Fesseln. Erinnern wir uns, sowohl Obama als auch Trump hatten in den ersten beiden Jahren ihrer jeweiligen Amtszeiten klare Mehrheiten im Kongress. Trump hat die nur sehr unzureichend genutzt, Obama hat sie immerhin genutzt, um seine Gesundheitsreform damals durch den Kongress zu bringen, und diese Situation hat Joe Biden, zumindest in den ersten zwei Jahren, nicht, und das macht es schwer. Aber es wird, ähnlich wie bei uns, was Unterstützungs-, Konjunkturpakete angeht, um Covid und die wirtschaftlichen Folgen zu bekämpfen, schon Deals geben. Das sind dann aber Deals, die auch die Handschrift der Republikaner tragen.

Manfred Berg: Vielleicht dazu noch eine kleine historische Anmerkung. Die *Divided Government* ist ja keine Neuigkeit in der amerikanischen Geschichte, das hat es früher oft gegeben, Eisenhower, Reagan, die haben einen großen Teil ihrer Amtszeit mit demokratischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses sogar ganz ordentlich regiert. Das amerikanische System der *Checks and Balances* ist angewiesen auf ein Minimum an überparteilicher Kooperationsbereitschaft und Konsens. Und das ist das, was in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr erodiert ist. Und eigentlich zeigt ja auch der Wahlausgang, wie sehr das Land gespalten ist. Es ist Trump sogar noch einmal gelungen, obwohl er jetzt nicht mehr als Protestkandidat posieren konnte, noch einmal zusätzlich um die sechs Millionen Wählerstimmen hinzuzugewinnen. Alle

Leute, die bei dieser Wahl für Trump gestimmt haben, haben ihn sozusagen als den Führer einer Bewegung gewählt, und insofern muss man schon sagen, dass die USA in eine rote und eine blaue Nation gespalten sind. Diese alte Vorstellung, dass man große Teile der Wählerschaft bei schlechter politischer Performance zu sich rüber ziehen kann, die gilt so nicht mehr.

Anja Schüler: Der Gouverneur von Pennsylvania, Tom Wolfe, hat in der Wahlnacht von einem Stresstest für die amerikanische Demokratie gesprochen. War das ein Stresstest? War es vielleicht sogar ein bisschen mehr? Sehen wir vielleicht eine historisch beispiellose Erosion demokratischer Institutionen oder fallen dir historische Parallelen ein, Manfred?

Manfred Berg: Naja, also der Stresstest, der dauert ja jetzt schon eine ganze Weile an. Ich habe es eben gesagt: Die Erosion des politischen Vertrauens, die zunehmende Polarisierung, die mangelnde Kompromissbereitschaft, eigentlich nur noch der Versuch, Obstruktion zu betreiben... Mitch McConnell hatte ja 2008 geschworen, dass man alles dafür tun werde, dass Obama ein *One-Term-President* bleibt; natürlich haben die Demokraten sich ähnlich positioniert im Jahr 2016. Für mich ist im Moment aber etwas anderes wichtig. Ich bin nicht unbedingt davon überzeugt, dass wir in den nächsten Wochen doch so eine Beruhigung erleben. Viel wird von Donald Trump abhängen; er muss irgendwann einmal aufhören, seine Anhänger aufzuhetzen, er muss irgendwann einmal aufhören, von Wahlbetrug zu reden und wenn er denn verlieren sollte, das Ergebnis akzeptieren. Auf der anderen Seite, wenn Joe Biden 270 oder mehr Wahlleute für sich gewinnt und das Ganze dann später durch Gerichtsentscheidungen annulliert wird, indem bestimmte Teile der Briefwähler nachträglich ausgeschlossen werden ... ich kann mir nicht vorstellen, dass das ohne massive Proteste abgeht.

Martin Thunert: Ich persönlich muss sagen, dass ich die in der Politikwissenschaft starke Tendenz zu sagen, die Demokratie in den USA ist am Sterben, persönlich nie geteilt habe, und teile sie auch jetzt nicht. Ich denke, es ist richtig, dass Trump autoritäre Instinkte und Tendenzen hat, vielleicht auch ein autoritäres Amtsverständnis. Er ist ein Narzisst und auch seine Rhetorik geht dahin, aber ich finde es ein gewisses Paradox, dass er da, wo vielleicht erwartet worden wäre von ihm, dass er als Präsident imperial herrscht und alle Bundes- und Exekutivressourcen

anwendet, nämlich bei der Bekämpfung von Covid, es genau nicht gemacht hat. Und das ist ihm jetzt zum Verhängnis geworden. Er war an der falschen Stelle mit autoritären Tendenzen behaftet. Da, wo er hätte zugreifen sollen, hat er es nicht getan und das beendet jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit seine Präsidentschaft. Von daher denke ich, dass das, was James Madison sich ausgedacht hat – dass das System auch funktionieren muss, wenn eine problematische Persönlichkeit eine Gewalt usurpiert, oder auch eine programmatische Bewegung die Legislative sein kann – doch letztendlich funktioniert hat, trotz aller Rhetorik gegen die Presse.

Manfred Berg: Ich kann nur sagen, dass ich hoffe, dass Du Recht behältst. Ich bin ein wenig skeptischer in der Hinsicht. Wir haben Trump schon häufig unterschätzt. Da, wo er eine narzisstische Kränkung verspürt und eine Wahlniederlage, da ist er vielleicht auch bereit, Dinge zu tun, die sich aus einem Impuls heraus ergeben, die er vorher gar nicht geplant hat. Er hat ja schon vorher gesagt, dass er nicht offen verlieren könne. Ich bin völlig *d'accord*, dass er kein großer Stratege mit einem autoritären Plan ist, der die USA in eine zentralistische Diktatur verwandeln möchte, aber er ist, wie Jeb Bush es vor fünf Jahren mal gesagt hat, ein Chaos-Kandidat und ein Chaos-Präsident. Er ist nicht der Gentleman, der das Weiße Haus mit Würde und Anstand verlässt, sondern er wird sehr laut mit der Tür knallen.

Martin Thunert: Da stimme ich zu.

Anja Schüler: Ich frage mich manchmal auch, ob wir eines Tages zurückblicken werden und sagen, dass wir eine historische Wahl miterlebt haben, so wie 2008 oder auch 2016.

Manfred Berg: Dass es eine historische Wahl war, davon bin ich überzeugt. Es sind viele Dinge passiert, schon auch im Vorfeld, die beispiellos waren. Und natürlich sind auch immer die historischen Analogien präsent. Es ist sehr oft, auch von mir, das will ich durchaus zugeben, als Merkposten an die Wahl von 1860 erinnert worden, als der amerikanische Bürgerkrieg durch eine Wahl ausgelöst wurde, die die Verlierer nicht akzeptieren wollten und deshalb ihren Austritt aus der Union erklärt haben. Wir hoffen natürlich, dass so etwas nicht passiert. Aber eine Wahl kann auch deshalb als historisch in Erinnerung bleiben, weil sie sehr negative Folgen und Begleiterscheinungen hat. Ich wünsche mir auch, dass wir eine starke und gestärkte amerikanische Demokratie sehen, aber dazu müsste es möglich sein, einen

Grundkonsens über Spielregeln zunächst einmal wieder herzustellen. Dass sich Trump nicht an Regeln hält, das hat er jetzt gerade in den letzten Tagen und Stunden wieder unter Beweis gestellt.

Anja Schüler: Dann verlassen wir doch abschließend noch die amerikanische Innenpolitik und wenden uns ganz kurz der Außenpolitik zu. Was würde denn ein Wahlsieg Joe Bidens für die transatlantischen Beziehungen bedeuten?

Martin Thunert: Das kann man tatsächlich nur kurz anreißen. Ich glaube, weil er jetzt keine Mehrheit im Senat hat, und weil Biden eine Personalentscheidungen von Botschaftern bis Ministern bestätigen muss, wird er sicherlich der Tendenz nachgehen, der viele Präsidenten nachgehen und seinen außen- und sicherheitspolitischen Apparat sehr stark im *National Security Council* ansiedeln, weil er da eben nicht die Senatsbestätigung braucht. Er wird Europa, das ist der Unterschied zu Trump, sehr stark durch die Brille der E.U. sehen. Das ist für die E.U. und den europäischen Kontinent gut. Trump hat Europa durch die Brille von Brexit-Britain gesehen, das ist sicherlich ein genereller atmosphärischer Unterschied. Er wird wieder mehr mit Allianzen arbeiten wollen, auch in seiner China-Politik. Das kann für uns sogar tendenziell unangenehm werden, wenn er uns mehr in die Pflicht nehmen will, als der *America-First*-Mensch Trump das gemacht hat. Sicherlich wird es auch schwierig, was das Schließen von völkerrechtlichen Verträgen angeht, wo ohnehin eine qualifizierte Senatsmehrheit notwendig ist. Ich denke, dass sich vor allen Dingen die Rhetorik und das Personal ändert. Es wird auch wieder neues Personal im *State Department* arbeiten, das man in Berlin und zum Teil auch in Brüssel kennt, aber in der Substanz weicht es vom Grundgedanken von *America First* nicht allzu sehr ab – nämlich auch *Buy American Products* und protektionistische Anwendungen. Das Hauptmandat für Joe Biden ist meines Erachtens zunächst mal innenpolitisch, aber weil die ganze Welt von Covid betroffen ist, müsste er es schaffen, dass bei der Bekämpfung von Covid wieder nach Amerika geschaut wird und nicht von Amerika weggeschaut wird. Das ist, glaube ich, auch das Beste, was er für die transatlantische Beziehung kurzfristig machen kann. Die anderen Fragen – Klima, Iran – kann man auch noch irgendwann nach dem nächsten Sommer klären, wenn die Pandemie vielleicht besser unter Kontrolle ist.

Anja Schüler: Die Frage nach der zukünftigen Außenpolitik der USA können wir jetzt hier leider nicht weiter vertiefen. Sie ist aber Thema der Ruperto- Carola Ringvorlesung „Quo Vadis USA?“ in der nächsten Woche. Auf dem Podium werden dann die Politikwissenschaftler Sebastian Harnisch von der Universität Heidelberg und Florian Böller von der TU Kaiserslautern sitzen. Sie können diese Diskussion ab dem kommenden Mittwoch auf der Online-Plattform der Universität abrufen. Was die amerikanischen Präsidentschaftswahlen betrifft, müssen wir wohl wirklich noch etwas warten, bis jede Stimme gezählt ist und uns dann vielleicht auch auf *Recounts* und Gerichtsentscheidungen einstellen. Das war der HCA-Podcast für heute. Mein Name ist Anja Schüler, und ich bedanke mich bei Manfred Berg und Martin Thunert für ihre Einschätzungen und Erklärungen. Ich bedanke mich auch bei meinem Team für die technische Unterstützung und bei Ihnen fürs Zuhören. Wir werden die Situation in den USA in den nächsten Wochen mit neuen Gesprächspartnern weiter im Blick behalten. Bleiben Sie uns treu und bleiben Sie gesund.